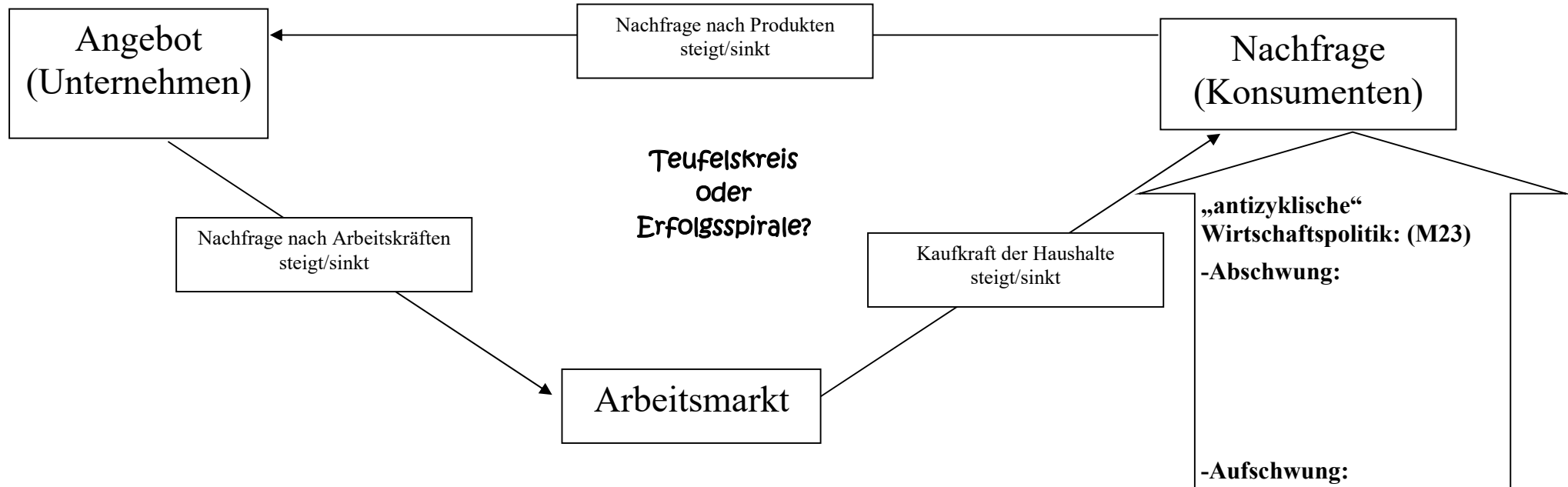


Arbeitsauftrag: Lies die Texte auf dem Blatt „Politik für mehr Beschäftigung – die Nachfragetheorie“ und fülle den Pfeil und den Kasten aus.

**Führt mehr Konsum zu mehr Arbeit?**  
**- Konjunkturpolitik mit der Nachfragetheorie („Keynesianismus“)**



Nachteile: (M 29)

A large empty rectangular box provided for writing the disadvantages (Nachteile) of the policy, corresponding to the label 'Nachteile: (M 29)'.

## 2.4 Politik für mehr Beschäftigung – die Nachfragetheorie

M 22

Wenn ihr mehr kaufen würdet ...



Högl/Amelie Holtfreter-Glienke, Berlin

M 23

### Beschäftigungspolitik durch Erhöhung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage – die Theorie des J. M. Keynes

In seiner berühmten Theorie zeigte Keynes insbesondere, dass Angebot und Nachfrage auf den Märkten nicht automatisch zu einem gesamtwirtschaftlichen Gleichgewicht führen, bei dem auch Vollbeschäftigung herrscht. Danach gibt es also auch in marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnungen häufiger Arbeitslosigkeit, ohne dass die Marktkräfte allein einen Aufschwung bewirken können und z.B. über Lohnsenkungen die Arbeitslosigkeit beendet und Vollbeschäftigung erreicht wird. Nach Keynes liegt der Grund für konjunkturelle Einbrüche begleitet von Arbeitslosigkeit in einer zu geringen Nachfrage nach Gütern, vor allem nach Investitionsgütern. Die Investitionsgüternachfrage wiederum ist abhängig von den zukünftigen Gewinnerwartungen der Unternehmen. Die Unternehmen werden dabei nur so viele Arbeitnehmer beschäftigen, wie sie für die Herstellung ihrer Gütermengen benötigen. Sinkt die gesamtwirtschaftliche Nachfrage nach Gütern, wird weniger produziert und die Unternehmen entlassen einen Teil der Arbeitnehmer. Arbeitslosigkeit wiederum führt zu verringerten Einkommen, was die gesamtwirtschaftliche Nachfrage nach Konsumgütern weiter sinken lässt und noch höhere Arbeitslosigkeit bewirkt.

Um nun wieder Vollbeschäftigung zu erreichen, muss die gesamtwirtschaftliche Güternachfrage steigen. Insbesondere die Investitionsgüternachfrage muss zunehmen, denn steigende Investitionen schaffen Arbeitsplätze und damit Einkommen, was wiederum die Nachfrage nach Konsumgütern ankurbelt und weitere Investitionen zur Folge hat. Die Investitionsneigung der Unternehmen hängt jedoch von der Höhe der Zinsen ab. Ist der Zins hoch, wird die Investitionsneigung der Unternehmen gering sein, was keine positiven Auswirkungen auf die konjunkturelle Lage hat. Ist der Zins für Kredite dagegen niedrig, haben die Unternehmen eine höhere Gewinnerwartung und damit einen größeren Anreiz zu investieren. Aber selbst bei sinkenden Zinsen kann die Investitionsneigung der Unternehmen gering sein, weil sie z.B. hoffen, dass die Zinsen noch weiter fallen. In dieser Situation ist nach Ansicht von Keynes der Staat gefragt, der dafür sorgen muss, dass die fehlende private Nachfrage durch staatliche Nachfrage ersetzt und so die Wirtschaft aus der Krise (Unterbeschäftigungsgleichgewicht) herausgeführt wird. Indem der Staat die gesamtwirtschaftliche Nachfrage direkt durch Erhöhung

seiner Ausgaben z.B. für öffentliche Aufträge wie den Bau von Straßen, Schienenwegen oder öffentlichen Gebäuden, oder indirekt, z.B. durch Steuervergünstigungen für Investitionen, steuert, trägt er zur Belebung der Wirtschaft bei. Das schafft neue Arbeitsplätze und Einkommen bei den privaten Haushalten, die wiederum mehr Konsumgüter nachfragen, was wieder Investitionen der Unternehmen bewirkt und weitere Arbeitsplätze schafft. Die staatliche Steuerung der Konjunktur im Sinne einer Fiskalpolitik (=Steuer- und Ausgabenpolitik) erfolgt dabei je nach konjunktureller Lage, d.h. im Abschwung soll der Staat die gesamtwirtschaftliche Nachfrage beleben, indem

er mehr ausgibt als er einnimmt und dadurch seine Schulden erhöht; man spricht auch von Defizitfinanzierung. Im Aufschwung muss die gesamtwirtschaftliche Nachfrage dagegen gebremst und die entstandenen Schulden durch Steuererhöhungen getilgt werden. Eine solche antizyklische Wirtschaftspolitik und Globalsteuerung der Wirtschaft im Sinne von Keynes wurde in den 1960er- und 1970er-Jahren auch in der Bundesrepublik Deutschland betrieben und hat im Stabilitätsgesetz ihren Niederschlag gefunden.

Lexikon der Wirtschaftl. Grundlegendes Wissen von A bis Z, 2. Aufl. Bonn 2004, S. 109 f.

### John Maynard Keynes



Der britische Wirtschaftswissenschaftler wurde 1883 geboren. Von 1920 bis 1946 war Keynes Professor am King's College in Cambridge, gleichzeitig Publizist, Finanzfachmann und Wirtschaftspolitiker. 1942 wurde er geadelt und trug den offiziellen Titel Baron Keynes of Tilton. Unter dem Eindruck der Weltwirtschaftskrise gelangte Keynes zu der Auffassung, dass die Grundlagen der bisherigen ökonomischen Theorien (v.a.

des wirtschaftlichen Laissez-faire) infrage zu stellen seien. Er wurde zum Begründer einer eigenen Richtung der Volkswirtschaftslehre. Der 1946 verstorbene Keynes galt bis Anfang der 1970er-Jahre als der führende Theoretiker einer modernen Volkswirtschaftslehre.

Das Lexikon der Wirtschaftl. Grundlegendes Wissen von A bis Z, 2. Aufl. Bonn 2004, S. 109

M 25

### Die Grenzen der Nachfragepolitik

- Nachfragepolitische Globalsteuerung orientiert sich am relativ kurzfristigen Konjunkturverlauf. Eine Stop-and-go-Politik macht Wirtschaftspolitik damit unberechenbar und sorgt für Unruhe. Langfristige Planungen werden erschwert, Unsicherheiten können zu einem Rückgang der Investitionen führen.
- Das Stabilisierungskonzept verlangt rasche, kurzfristig orientierte Interventionen des Staates. Kommt die staatliche Maßnahme zu früh oder zu spät, kann sie unerwünschte Effekte verstärken. Damit sind aber hohe Anforderungen an die Diagnose und Prognose zukünftiger wirtschaftlicher Entwicklungen notwendig. In der Regel ist staatliches Handeln damit überfordert.
- Mitnahmeeffekte verwässern die staatlichen Maßnahmen. Werden z.B. befristet Zulagen

für private Investitionen gewährt, werden die Unternehmen auch Investitionen, die für später geplant waren, vorziehen. Damit fehlen aber Investitionen für die Zeit nach den Subventionen.

- Nachfragesteuerung führt zu wachsenden Haushaltsdefiziten: So sind Steuererhöhungen selbst in Aufschwungs- und Boomphasen nicht durchsetzbar, weil sich Politiker damit selbst unbeliebt machen würden. Die Folge ist eine kontinuierliche Ausweitung der Staatsausgaben, der Staatsquote und am Ende auch der Staatsverschuldung.
- Angesichts der heute europa- und weltweit stark verflochtenen Volkswirtschaften ist der Erfolg einer nationalen Nachfragestimulation fragwürdig.

Autorenlexi

InfoBox